

Datenschutzrechtliche Pflichtinformationen

Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns wichtig. Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck wir Daten erheben, speichern oder weiterleiten. Der Information können Sie auch entnehmen, welche Rechte Sie in Bezug auf den Datenschutz haben.

Kontakt Daten des Verantwortlichen

Boden Höfener Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft,
Partner: Rechtsanwältin Inga Höfener und Rechtsanwalt Martin Boden
Hansaallee 201
40549 Düsseldorf
Telefon: 0211.302.634.0
Fax: 0211.302.634.19
E-Mail: kanzlei@boden-rechtsanwaelte.de

I. Erhebung personenbezogener Daten

Die Erhebung Ihrer Daten findet grundsätzlich bei Ihnen selbst statt. Die Verarbeitung der von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten – dies sind alle Daten, die Sie identifizieren oder identifizierbar machen, wie z.B. Name, Anschrift, Kontaktdaten- ist zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten, die sich aus dem mit uns geschlossenen Mandatsvertrag ergeben, notwendig. Aufgrund Ihrer Mitwirkungspflichten ist es unumgänglich die von uns angeforderten personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen, da wir ansonsten unseren vertraglichen Pflichten nicht nachkommen können. Gleiches gilt bei einer vorvertraglichen Beziehung, z.B. bei einer Anfrage, da wir sonst weder Ihre Anfrage bearbeiten können noch die notwendigen Daten für einen sich anschließenden Vertragsschluss zur Verfügung haben.

Zur Erfüllung des mit Ihnen geschlossenen Vertrags kann es erforderlich sein, personenbezogene Daten zu verarbeiten, die wir von Dritten, z. B. Behörden, Geschäftspartnern o. ä. zu dem jeweiligen Zweck erhalten haben.

Weiterhin verarbeiten wir ggf. personenbezogene Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen, z. B. Internetauftritten, die wir nur im gesetzlichen Rahmen und nur zu dem jeweiligen Vertragszweck nutzen.

Weiter kann die Datenverarbeitung zum Zwecke der Direktwerbung (Werbung per Post oder, nur bei entsprechender Einwilligung, auch per E-Mail) erfolgen.

II. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die rechtlichen Grundlagen finden sich in den Bestimmungen der europäischen Datenschutzverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) .

1. Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO)

Wir verarbeiten Ihre Daten bei einer Einwilligung zu dem bei Erteilung der Einwilligung mitgeteilten Zweck. Eine Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden, wobei die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung rechtmäßig bleibt (z.B. bis zum Widerruf zugewandene Werbe-E-Mails)

2. Erfüllung unserer vertraglichen Pflichten (gem. Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO)

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zum Zwecke der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen, z.B. um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können; um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können; zur Korrespondenz mit Ihnen; zur Rechnungsstellung; zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie; wie auch im Rahmen der Vertragsanbahnung (Anfragen per E-Mail, Angebotserstellung).

3. Zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben gemäß Art. 6 Abs.1 c) DSGVO

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zum Zwecke der uns treffenden gesetzlichen Vorgaben, wie z.B. gegenüber dem Finanzamt oder aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungsfristen.

4. Zur Wahrung berechtigter Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO

Wir verarbeiten die Daten zur Wahrung unserer berechtigten Interessen, soweit in einer vorzunehmenden Abwägung Ihre Grundfreiheiten oder Interessen am Schutz der Daten unsere Interessen nicht überwiegen. Wir sind dabei gehalten, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, soweit erforderlich, z.B. durch eine Pseudonymisierung oder Anonymisierung der Daten.

Unser berechtigtes Interesse kann sich auch aus dem Interesse der Direktwerbung ergeben, da wir sonst nicht in der Lage wären, auf unsere Angebote und Dienstleistungen aufmerksam zu machen. Ebenso kann sich das berechnigte Interesse aus der Geltendmachung oder Abwehr rechtlicher Ansprüche ergeben. Dies ist auch die Rechtsgrundlage für die Speicherung der notwendigen personenbezogenen Daten der Anspruchsgegner unserer

Mandanten zur außergerichtlichen und gerichtlichen Durchsetzung von Ansprüchen.

III. Weitergabe personenbezogener Daten

Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten nur dann an Dritte, wenn dies gesetzlich erlaubt ist oder Sie eingewilligt haben.

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten die dazu berechtigten Abteilungen und Mitarbeiter Zugriff auf Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen.

In Erfüllung des mit Ihnen geschlossenen Vertrages erhalten Unternehmen Ihre personenbezogenen Daten, derer wir uns notwendigerweise zur Vertragserfüllung bedienen müssen, z.B. Einwohnermeldeämter, Auskunftsteien, ebenso öffentliche Stellen, welche die Daten aus gesetzlichen Gründen benötigen, z.B.

Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger oder auch Gerichte und sonstige Behörden.

Im Rahmen unserer Leistungserbringung beauftragen wir Auftragsverarbeiter, die zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten beitragen, z.B. IT-Dienstleister. Mit diesen Dienstleistern sind Vereinbarungen zur Auftragsverarbeitung geschlossen, um ein angemessenes Schutzniveau bei der Verarbeitung Ihrer Daten zu gewährleisten.

IV. Übermittlung an Unternehmen in Drittländern oder internationale Organisationen

Eine Übermittlung der von Ihnen überlassenen Daten an ein Drittland –das sind Länder außerhalb des europäischen Wirtschaftsraum, also der EU und Lichtenstein, Island und Norwegen-oder eine internationale Organisation erfolgt nicht.

V. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling

Zur Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten kommt keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling) zum Einsatz.

VI. Speicherdauer

Wir bewahren Ihre personenbezogenen Daten nur solange auf, wie dies für die Durchführung des Vertrages erforderlich ist. Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert.

Auch aufgrund weiterer rechtlicher Vorgaben sind wir dazu verpflichtet, Daten länger aufzubewahren, wie zum Beispiel steuer- und handelsrechtlich relevante Buchungsunterlagen: 10 Jahre; Handels-und Geschäftsbriefe: 6 Jahre;

Ebenso können sich aufgrund zivilrechtlicher Verjährungsvorschriften nach dem BGB längere Verjährungsfristen bis zu 30 Jahren ergeben. Die gesetzliche Regelverjährungsfrist beträgt 3 Jahre ab dem Jahr in dem der Anspruch entstanden ist.

VII. Ihre Rechte

Sie haben das Recht, über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten Auskunft zu erhalten. Auch können Sie die Berichtigung unrichtiger Daten verlangen.

Darüber hinaus steht Ihnen unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf Löschung von Daten, das Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit zu.

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt auf Basis von gesetzlichen Regelungen. Nur in Ausnahmefällen benötigen wir Ihr Einverständnis. In diesen Fällen haben Sie das Recht, die Einwilligung für die zukünftige Verarbeitung zu widerrufen.

Widerspruchsrecht

Verarbeiten wir Ihre Daten zur Wahrung berechtigter Interessen, können Sie dieser Verarbeitung aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, widersprechen. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Im Falle des Widerspruchs gegen eine Datenverarbeitung zum Zwecke der Direktwerbung, erfolgt eine Verarbeitung zu diesem Zwecke nicht mehr.

Sie haben ferner das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.

Die Anschrift der für uns zuständigen Aufsichtsbehörde ist:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf
Telefon: 0211/38424-0
Fax: 0211/38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de